

Anschrift Personal verwaltende Dienststelle	PvStS	Ort und Datum
		Sachbearbeiter
		Telefon
		Beschäftigungsdienststelle

Landesamt für Steuern und Finanzen Arb.Gr.	Mitteilung über die Eingruppierung aufgrund Antrag des/der Beschäftigten (Lehrkraft) auf Änderung der Eingruppierung nach § 29a Abs. 6 TVÜ-Länder i. d. F. des § 11 TV EntgO-L <u>Anlage:</u> Abdruck des Änderungsvertrages
--	--

1. Angaben zur/m Beschäftigten

Name, Vorname	Geburtsdatum	Geschäftszeichen des LSF	
		Sachbearb.-Nr.	Personalnummer

Berufsausbildung/Studium, Berufsabschlüsse Abgeschlossene Ausbildung: erworbener Abschluss : Lehrbefähigung für Unterrichtsfächer (ggf. Angabe der Klassenstufen): ggf. mit Zusatzstudium/Zusatzausbildung: Auszuübende Tätigkeit: ab: Verwendung an der Schulart:

2. Bisherige Eingruppierung

Die gesamte auszuübende Tätigkeit ist bislang bewertet nach den					
Richtlinien des Freistaates Sachsen zur Eingruppierung der im Arbeitsverhältnis beschäftigten Lehrkräfte an öffentlichen Schulen (SächsLehrerRL) vom 22. Juni 1995 in der bis zum 31. Juli 2015 geltenden Fassung: Der/Die Beschäftigte ist am 31. Juli 2015 in die Entgeltgruppe nach					
Abschnitt	Unterabschnitt	Entgeltgruppe	Fallgruppe	Anstrich	eingruppiert.
Bei Eingruppierung in Entgeltgruppe 9: Das einschlägige Tätigkeitsmerkmal in der Entgeltgruppe 9 sieht eine besondere Stufenlaufzeit (E 9*) vor.					
Richtlinien der TdL über die Eingruppierung der im Arbeitsverhältnis beschäftigten Lehrkräfte (Ost) – Lehrer-Richtlinien-O der TdL in der bis zum 31. Juli 2015 geltenden Fassung: Der/Die Beschäftigte ist am 31. Juli 2015 in die Entgeltgruppe nach					
Abschnitt A	eingruppiert.				
Abschnitt B	Unterabschnitt	Ziffer	Buchstabe	eingruppiert.	
Bei Eingruppierung in Entgeltgruppe 9: Das einschlägige Tätigkeitsmerkmal in der Entgeltgruppe 9 sah eine besondere Stufenlaufzeit (E 9*) vor.					

3. Beibehaltung der bisherigen auszuübenden Tätigkeit

Hiermit wird bestätigt, dass die nach der Tätigkeitsbeschreibung vom _____ übertragene(n) Tätigkeit(en) **unverändert** über den **31. Juli 2015** hinaus ausgeübt wird/werden.

4. Änderung der Entgeltgruppe zum _____ auf Antrag des/der Beschäftigten ¹

Der/die Beschäftigte wurde zum 1. August 2015 unter Beibehaltung der Entgeltgruppe _____ in die Entgeltordnung Lehrkräfte zum TV EntgO-L übergeleitet (§ 29a Abs. 2 TVÜ-Länder in der Fassung des § 11 TV EntgO-L).

Der Antrag des/der Beschäftigten auf **Änderung der Eingruppierung** nach § 29a Abs. 6 und Abs. 7 TVÜ-Länder i.V.m. § 12 TV-L jeweils in der Fassung des TV EntgO-L wurde fristgemäß mit Schreiben vom _____ gestellt.

Ergebnis:

Der/Die Beschäftigte ist ab _____ nach _____

Abschnitt 1	Absatz			
Abschnitt 2	Ziffer	Absatz		
Abschnitt 3	Unterabschnitt	Ziffer	Entgeltgruppe	Fallgruppe
Abschnitt 4	Unterabschnitt	Entgeltgruppe	Fallgruppe	
Abschnitt 5	Ziffer	Absatz		
Abschnitt 6 i. V. m. Anhang 2	Abschnitt Buchstabe	Unterabschnitt Fallgruppe	Entgeltgruppe	

der Anlage zum TV EntgO-L (Entgeltordnung Lehrkräfte) in Entgeltgruppe _____ eingruppiert.

Anspruch auf eine Amtszulage als Entgeltgruppenzulage:

Die Lehrkraft erhält ab _____ eine Entgeltgruppenzulage in Höhe der Amtszulage nach Fußnote zu Besoldungsgruppe A der Besoldungsordnung A zum SächsBesG.

Der/die Beschäftigte erhält ab _____ eine Angleichungszulage nach Anhang 1 zum TV EntgO-L.

Die Bewertung wurde vorgenommen von

Name	Organisationseinheit	Datum	Unterschrift/Funktionsbezeichnung
------	----------------------	-------	-----------------------------------

--	--	--	--

Die Richtigkeit der vorstehend aufgeführten Angaben wird bestätigt:

Name	Organisationseinheit	Datum	Unterschrift/Funktionsbezeichnung
------	----------------------	-------	-----------------------------------

--	--	--	--

¹ Der Antrag **nach § 29a Abs. 7 TVÜ-Länder** i. d. F. des § 11 TV EntgO-L kann nur innerhalb eines Jahres nach dem Inkrafttreten der Gesetzesänderung gestellt werden (Ausschlussfrist) und wirkt auf den Tag des Inkrafttretens zurück. Ruht das Arbeitsverhältnis am Tag des Inkrafttretens des Änderungsgesetzes, beginnt die Frist von einem Jahr mit der Wiederaufnahme der Tätigkeit; der Antrag wirkt auf den Tag des Inkrafttretens der Gesetzesänderung zurück.